

Christian Lindner, Minister für Rekordschulden

Stand: 10:39 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Thorsten Jungholt, Jan Dams**



Quelle: Martin U. K. Lengemann/WELT; Montage: Jörn Baumgarten/Infografik WELT

Krieg und Krise zwangen Finanzminister Lindner (FDP) zu beispielloser Kreditaufnahme. Damit will er Schluss machen, neue Geldwünsche von SPD und Grünen zurückweisen. Ziehen die Ampel-Partner nicht mit, ist der Bestand dieser Bundesregierung in Gefahr.

Eigentlich ist der Terminkalender des Bundesministers der Finanzen prall gefüllt. Es läuft die Haushaltswoche, der Bundestag berät den Finanzplan der Regierung. Dennoch nimmt sich Christian Lindner am Donnerstag die Zeit, beim Parlamentarischen Abend des Deutschen Bundeswehrverbandes vorbeizuschauen.

Der FDP-Politiker ist neben Verteidigungsministerin Christine Lambrecht ([/politik/deutschland/plus239130961/Eine-Ruestungs-Entscheidung-bringt-Lambrecht-bereits-in-Erklaerungsnot.html](https://politik/deutschland/plus239130961/Eine-Ruestungs-Entscheidung-bringt-Lambrecht-bereits-in-Erklaerungsnot.html)) (SPD) das einzige Kabinettsmitglied unter den 500 Besuchern. Und er ist gern gesehen beim wichtigsten Berufsverband der Soldaten. Ein Oberleutnant bittet um ein Selfie. Oberst André Wüstner, der Verbandschef, arrangiert ein Gruppenfoto.

Er lobt den „großen Anteil“ Lindners an jenem Projekt, das die Bundeswehr nach Jahrzehnten des Darbens endlich wieder in die Lage versetzen soll, eine akzeptable Einsatzbereitschaft zu erreichen: das 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen, das der Bundestag am Freitagnachmittag dann beschloss.

Tatsächlich war es Lindners Idee, dieses dringend benötigte Geld für die Truppe nicht über Steuererhöhungen oder eine Schuldenaufnahme nach den Regeln des Artikels 115 der Verfassung zu beschaffen, sondern über eine Grundgesetzänderung. Dadurch sitzt nicht nur die größte Oppositionsfraktion, die Union, mit im Boot, deren Stimmen im Parlament gebraucht wurden. Lindner kann die 100 Milliarden Euro nun auch als „als einmalige Ausnahme“ verkaufen. Und ab dem nächsten Jahr auf die Einhaltung der ebenfalls im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse pochen.

Der wohlklingende Begriff Sondervermögen ändert freilich nichts daran, dass es sich um neue Schulden handelt. Davon hat Lindner in einem halben Jahr Amtszeit schon reichlich angehäuft, in einem Klimafonds, in Nachtrags- und Ergänzungshaushalten. Ausgerechnet ein FDP-Minister, der solide Finanzen zur DNA seiner Partei zählt, geht in diesem Jahr mit 140 Milliarden Euro ins Minus – dazu kommen die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Rekordschuldenminister, so hat ihn die Opposition getauft.

Das müsste Lindner nicht jucken, wenn alle seine Politik so freundlich bewerten würden wie die Soldaten. Doch so ist es nicht.

„Alle Vorhaben unter Vorbehalt der Schuldenbremse“

Anders als für die Grünen, die seit der Bundestagswahl (<https://www.welt.de/themen/bundestagswahl/>) in den Umfragen immer höhere Zustimmungswerte erreichen, geht es für die Liberalen demoskopisch bergab. Bei den wichtigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein fuhr die FDP schmerzhaft Pleiten ein (</politik/deutschland/plus238791123/Landtagswahl-NRW-Christian-Lindner-und-die-FDP-gefangen-in-der-Ampel.html>). Und die Parteifreunde in Niedersachsen blicken furchtsam auf ihren Urnengang im Herbst.

Die Folgen der Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine hätten bislang verhindert, so analysiert es Lindner, dass die FDP ihre Agenda in der von großen Teilen ihrer

Anhängerschaft ohnehin skeptisch beäugten Ampel-Koalition sichtbar machen konnte. Genau das will er ändern. Und zwar ab sofort.

Längst laufen die Gespräche des Finanzministers mit den Kabinettskollegen über den Haushalt 2023, Ende Juni sollen sie abgeschlossen sein. Lindners bevorzugtes Wort in diesen Gesprächen lautet: Nein.

„Wir antworten auf die ökonomische Zeitenwende der Inflation durch die Rückkehr zu soliden Haushalten und das Ende immer neuer Schulden“, sagte der FDP-Chef im Bundestag. Übersetzt heißt das: Im nächsten Haushalt will er rund 125 Milliarden Euro weniger ausgegeben.

Lindner wird alle neuen Geldwünsche von SPD und Grünen mit Verweis auf die Schuldenbremse zurückweisen. Nur noch rund 15 Milliarden neuer Schulden werden möglich sein. Nach seiner Lesart wird sich erst jetzt erweisen, ob der Koalitionsvertrag der Ampel ein belastbares Dokument ist.

Denn es wird harte Verhandlungen über notwendige Priorisierungen geben. Um die Zustimmung ihrer Fraktionen zum Sondervermögen für die Bundeswehr (</politik/deutschland/plus239018569/Bundeswehr-Sondervermoegen-Taktieren-ums-Geld-fuer-die-Truppe.html>) zu sichern, erläuterten Grüne und SPD ihren Abgeordneten zum Beispiel, Lindner habe in den Verhandlungen auch die Finanzierung einer Cyberabwehrpakets und anderer Ausgaben für Auswärtiges Amt und Innenministerium zugesagt.

Das sieht der Finanzminister anders. „Alle Vorhaben außerhalb des Sondervermögens stehen unter dem Vorbehalt der Schuldenbremse“, sagte Lindner WELT AM SONNTAG. „Ich halte Maßnahmen für Cyberabwehr, außenpolitische Ertüchtigungshilfen oder Zivilschutz auch für wichtig. Aber es gibt bisher keinerlei Mittelzusagen. Die expansive Finanzpolitik wird beendet.“ Einhalten der Schuldenbremse (</wirtschaft/article238940509/Christian-Lindner-warnt-vor-Sucht-nach-immer-mehr-Verschuldung.html>) und keine Steuererhöhungen, das sind seine Leitplanken. Nur über Entlastungen durch eine Rückgabe der Einnahmen aus der kalten Progression ist er gesprächsbereit.

Schluss mit „Wünsch dir was“-Politik

Das ist der Plan. Die Frage ist, ob die FDP ihn durchsetzen kann. Sozialdemokraten und Grüne haben viele Ideen, die viel Geld kosten. Und es gibt enorm hohe Fixkosten.

Allein für den Zuschuss zur Rentenversicherung fließen aktuell gut 105 Milliarden Euro. Weitere 40 Milliarden Euro gehen derzeit für Beihilfen an Firmen und Bürger sowie die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge wegen des Krieges raus. Und dann muss mittelfristig noch der reguläre Wehretat erhöht werden, um auf die Fähigkeitsanforderungen der Nato nach Verbrauch des Sondervermögens vorbereitet zu sein.

Schließlich ist da die Weltlage. Was ist, wenn Russlands Kriegspräsident Putin den Deutschen den Gashahn zudreht oder die EU doch noch ein Embargo beschließt? Selbst in dem Fall will Lindner an der Schuldenbremse nicht rütteln. Und wenn das inflationsgeplagte Land in eine Rezession rutscht? „Wenn sich das Umfeld so verschlechtern würde“, heißt es selbst in der FDP, „kann man nicht erwarten, dass alles andere gleich bleibt.“

Ansonsten aber ist Lindner entschlossen, auf die „Wünsch dir was“-Politik im ersten Halbjahr eine Agenda des Sparens folgen zu lassen. Nur mit dem Dreiklang aus Schuldenbremse, Vermeidung von Steuererhöhungen und – wenn irgend möglich – Entlastungen sieht die FDP eine Chance, bei künftigen Wahlen zu bestehen ([/politik/deutschland/article238348063/FDP-Christian-Lindner-und-seine-liberale-Partei-im-Umfragetief.html](https://politik/deutschland/article238348063/FDP-Christian-Lindner-und-seine-liberale-Partei-im-Umfragetief.html)). Wenn die Ampel-Partner dabei nicht mitziehen, ist nicht weniger in Gefahr als der Bestand dieser Bundesregierung.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239169381>